No. 494. — 56. Jahrgang.

Erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin:
75 Pf. monatlich
frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post:
monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40
Insertionspreis für die Zeile 40 Pf.
Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Kleine Anzeigen: das Wort . . . 4 „
Das fette Ueberschriftswort . . . 10 „

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49.
Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Abend-Ausgabe

Dienstag, 20. Oktober 1908

Haupt-Expedition:
SW. Jerusalemer Straße 46/49
Telephon: Amt Ia Nr. 10131–10148.
Filialen: Prinzenstr. 41, Kottbuserstr. 1, Wienerstr. 1–6, Petersburgerstr. 2, Große Frankfurterstr. 31 u. Gr. Frankfurterstr. 87, Nykestr. 31, Schiffbauerdamm 1, Schulzendorferstr. 27 (am Weddingpl.), Königstr. 56/57, Rathenowerstr. 3 (gegenüber d. Kriminalgericht), Potsdamerstr. 33, Bayreutherstr. 32, Leipzigerstr. 103, Blücherstr. 69 (Ecke Johannistisch), Rixdorf, Berlinerstr. 41 (Ecke Münchenerstr.), Schöneberg, Hauptstr. 155, Charlottenburg, Kantstr. 34, Pankow, Berlinerstr. 13b, Lichtenberg, Frankfurter Chaussee 129, Weißensee, König-Chaussee 61b.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Die Thronrede

zur heutigen Eröffnung des preußischen Landtages, vom König von Preußen verlesen, lautet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Ein Jahrhundert ist verronnen, seit mein in Gott ruhender Vorfahr, weiland König Friedrich Wilhelm III. durch Erlaß der Städteordnung die Bürger Preußens zur Teilnahme an der Verwaltung des städtischen Gemeinwesens berief. Segensreich hat sich seitdem die Selbstverwaltung entwickelt und in stetem Wachstum über Provinzen, Kreise und ländliche Gemeinden ausgedehnt. Mit dem Erlaß der Verfassung ist die Nation in die Mitarbeit auch an den Geschäften des Staates eingetreten. Es ist mein Wille, daß die auf ihrer Grundlage erlassenen

Vorschriften über das Wahlrecht

zum Hause der Abgeordneten eine organische Fortentwickelung erfahren, welche der wirtschaftlichen Entwickelung, der Ausbreitung der Bildung und des politischen Verständnisses sowie der Erstarkung staatlichen Verantwortlichkeitsgefühles entspricht. Ich erblicke darin eine der wichtigsten Aufgaben der Gegenwart. Ihre Bedeutung für das gesamte Staatsleben erfordert umfassende Vorarbeiten, die von meiner Regierung mit allem Nachdruck betrieben werden.

Die schon für die vorletzte Tagung angekündigten Gesetzentwürfe über die

Aufbesserung des Diensteinkommens der Staatsbeamten, Geistlichen und Volksschullehrer

werden Ihnen unverweilt zugehen. Gleichzeitig sollen die Wohnungsgeldzuschüsse neu geordnet, das Besoldungssystem der unmittelbaren Staatsbeamten vereinfacht und die Lehrerbesoldung unter Festhaltung der verfassungsmäßigen Grundlagen für ihre Ordnung einheitlicher gestaltet werden.

Die Gesamtheit dieser Vorlagen stellt erhebliche Anforderungen an die Steuerzahler. Für den Staatshaushalt bedeuten sie unter Zurechnung der bereits in den letzten Jahren beschlossenen Aufbesserungen sowie der Mehraufwendungen aus dem Volksschulunterhaltungsgesetz eine dauernde Neubelastung von

jährlich etwa 200 Millionen Mark.

Der Ernst der Lage wird dadurch gesteigert, daß der schon im Fehlbetrage des Rechnungsjahres 1907 zutage getretene ungünstige Stand der Finanzen des Staates andauert, ja sich im laufenden Jahre verschlechtern wird. Es ist deshalb unabweislich, daß ein beträchtlicher Teil der für die Besoldungsgesetze erforderlichen Mittel durch

erhöhte steuerliche Belastung

von Vermögen und Einkommen in den höheren Stufen aufgebracht wird. Entsprechende Gesetzesvorschläge, die zugleich eine zweckmäßiger geordnete Besteuerung der kapitalkräftigen Erwerbsgesellschaften anstreben, werden Ihnen vorgelegt werden.

Die ungünstige Lage der Finanzen in Reich und Staat inmitten eines zwar zeitenweise verlangsamten, aber doch gewaltigen Aufschwungs volkswirtschaftlicher Entwickelung enthält eine eindringliche Mahnung an den Geist der Sparsamkeit und Opferfreudigkeit, mit dem Preußen in zäher Arbeit auch schwere Zeiten überwunden hat. Der Etatsentwurf für 1909, der Ihnen erst später zugehen wird, ist deshalb mit äußerster Vorsicht aufgestellt worden. Zugleich wird in allen Zweigen der Staatsverwaltung daran gearbeitet, durch übersichtlichere Gestaltung der Behörden, durch Dezentralisation und durch Vereinfachung der Geschäftsformen auf Ersparung von Ausgaben hinzuwirken und die Verwaltung den Anforderungen des Lebens in vollkommenerer Weise anzupassen. Einzelne dahingehende Vorschläge werden Ihnen, wie ich hoffe, schon in dieser Session zugehen können.

Das höhere Mädchenschulwesen

soll, wie Ihnen bereits bekannt ist, mit dem Ziele umgestaltet werden, die Bildung der heranwachsenden weiblichen Jugend unter voller Berücksichtigung der häuslichen, wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben des weiblichen Geschlechts allgemein zu vertiefen und denjenigen Mädchen, die im selbsttätigen Erwerbsleben oder in wissenschaftlicher Arbeit ihren Beruf suchen, die Vorbereitung dazu zu erleichtern. Die zunächst erforderlichen Mittel werden in den Etat aufgenommen werden.

Wichtige Aufgaben, zu denen neben anderen noch die Unterstützung von Kleinbahnen und die Vervollkommnung des Staatseisenbahnnetzes hinzutreten werden, harren Ihrer Beschlußfassung.

In jüngster Zeit haben sich

im nahen Orient

Ereignisse vollzogen, die die Aufmerksamkeit Europas in Anspruch nehmen. Sind wir dort auch politisch weniger interessiert als andere Mächte, so erfordern jene Vorgänge doch ernste Beachtung. Das Deutsche Reich wird in treuer Gemeinschaft mit seinen Verbündeten für eine friedliche und gerechte Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten eintreten.

Erlauchte, edle und geehrte Herren! Indem ich Sie heute zum ersten Male nach den letzten Neuwahlen hier willkommen heiße, begleite ich Ihre Arbeiten mit meinen landesväterlichen Wünschen für das Wohl des Staates.

* * *

Wo sind die Zeiten, da der preußische Finanzminister sich vor dem Dreiklassenparlament rühmen konnte „Wir haben heidenmäßig viel Geld!“. Jetzt lugt aus allen Löchern und Rissen des Reichskostüms der Germania und des Staatskostüms der Borussia der reichs-preußische Finanzjammer hervor, den eine jahrelange verschwenderische Wirtschaft herbeigeführt hat. Jetzt zeigt sich der „Segen“ der Lebensmittelverteuerungspolitik des Reiches in seiner traurigen Rückwirkung auf Reich und Einzelstaaten. Denn die Notwendigkeit der Erhöhung der Beamten- 2c. Gehälter ist die Frucht der Zoll- und Liebesgabenpolitik des Reiches. Ohne Ursache keine Wirkung. Unter der Verhätschelung und Päppelung des Agrariertums leiden alle anderen Erwerbskreise. Und wenn man nun den Beamten höhere Gehälter zahlen muß, damit für sie die Lebensmittelteuerung ausgeglichen wird, so haben sich die Kreise, die nunmehr zu höheren Steuern herangezogen werden sollen, auch hierfür bei den Agrariern zu bedanken, die in Verbindung mit allen anderen Reaktionären Deutschland in eine Schulden-, Defizit- und Lebensmittelverteuerungspolitik hineingetrieben haben.

Die Inaussichtstellung von Ersparnissen in der Staatsverwaltung durch die Vereinfachung des bureaukratischen Apparates ist gewiß gut gemeint. Allein es wäre ein in die Irre führender Optimismus, wenn man auf die Verwirklichung große Hoffnungen setzte. Die preußische Staatsbureaukratie in ihrer gegenwärtigen Verfassung, durch konservative Inzucht sorgfältig als abgeschlossene, volksfremde, verwaltungstechnisch durch und durch unmoderne Kaste herangezüchtet, ist gänzlich außerstande, die Gebrechen, an denen sie vermöge des falschen Systems leidet, auch nur zu erkennen, geschweige sie zu beseitigen.

* * *

Der Selbstverwaltung wird zwar in der Thronrede, weil zufällig die Städteordnung hundert Jahre alt ist, mit wohlklingenden Worten gedacht. Allein in der Praxis ist die Selbstverwaltung gerade im größten und führenden Bundesstaat, in Preußen, im Laufe der Jahrzehnte systematisch eingeschränkt worden. Schon die „Verbesserung“ der Steinschen Städteordnung, die im Jahre 1853 in einer der reaktionärsten Epochen Preußens vorgenommen worden ist, hat von dem ursprünglichen Geiste dieses Gesetzes nicht mehr viel übrig gelassen. Und was die reaktionäre preußische Regierung seitdem bis in die letzten Tage hinein „im Verwaltungswege“ getan hat, um die Selbstverwaltung nach Möglichkeit zu verstümmeln, das pfeifen die Spatzen von den Dächern.

* * *

Zarte Andeutungen über eine „organische Fortentwickelung“ des famosen preußischen Dreiklassenwahlrechts schmücken die Thronrede in ihrem ersten Absatz. Indes, was man von dieser „organischen Fortentwickelung“ zu halten hat, weiß man genugsam aus der berühmten brüsken Absage Bülows an die Blockfreisinnigen, als diese im Abgeordnetenhause in ihrer bekannten lauen Art Reformeifer markierten. Die traurigsten Ungerechtigkeiten des Dreiklassenwahlrechts sollen nach Bülows Erklärung bestehen bleiben. Und was die „umfassenden Vorarbeiten“ anbetrifft, die von dem Ministerium Bülow für notwendig gehalten werden, um die schlimmsten Seiten des preußischen Wahlunrechts — aufrechtzuerhalten, so weiß man, daß damit die auf ein und ein viertel Jahr (!) berechnete „statistische Bearbeitung“ der letzten Wahlergebnisse gemeint ist. Ist auf diese Weise die Wahlrechtsfrage glücklich bis zum Jahre 1910 verschleppt worden, so hat der Blockfreisinn im preußischen Landtag alles getan, was die Reaktion ihm zu tun erlaubt; so hat der Block auch im Reichstage alles geleistet, was er an liebedienerischer Opferwilligkeit für die Reaktion zu leisten begierig ist. Die „Finanzreform“ hat er dann nach dem Diktat Bülows gestalten helfen. Aber von einem Ersatz des preußischen Dreiklassenwahlsystems durch das Reichstagswahlrecht wird niemals die Rede sein.

* * *

Von eigentlichen Kulturaufgaben und ihrer Lösung — das bischen Mädchenschulreform kommt dabei kaum in Frage — schweigt die Thronrede. Und das ist vielleicht das Beste an ihr. Sie erweckt wenigstens auf diese Weise nicht erst Hoffnungen, denen die Erfüllung bei der in Preußen herrschenden finsteren Reaktion unter allen Umständen fehlen muß. Was soll an frischem, fröhlichem, fortschrittlichem, modernem Leben erblühen in dem Lande, wo das preußische Junkertum für die Regierungstheorie und Regierungspraxis maßgebend ist?

* * *

Immerhin ist der „nahe Orient“ eine Konzession an das zwanzigste Jahrhundert. Noch Goethe sagte: „Wenn hinten weit in der Türkei die Völker aufeinanderschlagen“. Jetzt, im Zeitalter der Orientexpreßzüge, des Telephons und der drahtlosen Telegraphie, ist der Orient uns allerdings erheblich näher gerückt, und wenn bei frischgebackenen orientalischen Wirren der deutsche Kaiser nicht zufällig auf Reisen und der Reichskanzler nicht zufällig in Norderney ist, so können beide gemeinschaftlich schon in sehr kurzer Zeit in bezug auf die auswärtige Politik wichtige Konferenzen abhalten und wichtige Beschlüsse fassen. Daß das Deutsche Reich die Schwierigkeiten in dem „nahen Orient“ nicht bewußtermaßen erhöhen wird, würde man auch ohne die ausdrücklich in der Thronrede gegebene Versicherung für selbstverständlich halten.

Delcassé als Ministerstürzer.

Der Rücktritt des Marineministers Thomson.

Wie bereits im letzten Morgenblatte berichtet wurde, hat der französische Marineminister Thomson nach dem Schlusse der gestrigen Sitzung der Deputiertenkammer, die sich mit dem Ergebnis der Untersuchung über die verhängnisvolle Explosion auf dem Panzerschiff „Jéna“ beschäftigt hatte, seine Demission eingereicht. Ueber den Schluß der Sitzung wird uns noch aus Paris berichtet:

Nach Beendigung der Debatte wurde der erste Teil einer von Delcassé eingebrachten Tagesordnung mit 568 gegen 1 Stimme angenommen, in der die aus Anlaß der Katastrophe der „Jéna“ festgestellten Nachlässigkeiten und Fehler beklagt wurden. Auf einen Zwischenruf „Vertrauen der Regierung, aber nicht dem Marineminister!“ erklärte Clemenceau, daß er mit Thomson solidarisch sei. Der zweite Teil der Tagesordnung Delcassé, der jeden Zusatz ablehnt, wurde mit 324 gegen 231 Stimmen verworfen trotz der Einwendung Delcassés, daß die erste einmütige Abstimmung das Vertrauen zur Regierung ausschließe, die Irrtümer begangen habe. Die Kammer nahm hierauf mit 345 gegen 122 Stimmen einen Zusatzantrag an, der der Regierung das Vertrauen ausspricht. Die Tagesordnung Delcassé wurde sodann im ganzen fast einstimmig angenommen.

Die Kammer und Herr Clemenceau hatten also dem bisherigen Marineminister Thomson eine goldene Brücke gebaut; nach dem Ergebnis der Abstimmung war aber der Rücktritt dieses Ministers unvermeidlich.

Nach weiteren telegraphischen Meldungen aus Paris erörtert die gesamte Pariser Presse die durch das gestrige Kammervotum verursachte Demission des Marineministers Thomson und hebt hervor, daß sie hauptsächlich auf die Angriffe Delcassés zurückzuführen sei. Die rechtsstehenden Blätter erklären, daß an der in der Kriegsflotte vorgekommenen Katastrophe nicht ein einzelner Mann, sondern das ganze Verwaltungssystem schuld sei. Einige Zeitungen meinen, daß Thompson hauptsächlich die von seinem Vorgänger Pelletan begangenen Fehler büßen müsse. Inbetreff des Nachfolgers liegen noch keine Anhaltspunkte vor. In den Wandelgängen der Kammer wurden der Deputierte Chaumet, der Senator und ehemalige Justizminister Monis sowie der Admiral Fournier genannt.

Das Interessanteste an der ganzen Affäre ist der Umstand, daß Herr Delcassé wieder aus der Versenkung aufgetaucht ist. Er hat gestern in der Kammer einen großen Erfolg errungen; es ist daher keineswegs ausgeschlossen, daß er bald wieder eine leitende Stellung in der Regierung erhält.

Direkte Verhandlungen.

Die Aussichten der Orientkonferenz

werden immer schlechter, und die Aktien Iswolskis sinken immer tiefer. Die an dem Konflikt hauptsächlich Beteiligten, nämlich Oesterreich-Ungarn und die Pforte, sind, wie schon erwähnt, zu dem sehr vernünftigen Entschlusse gelangt, die Angelegenheit unter sich auszumachen, was angesichts der immer noch drohenden Kriegsgefahr nur mit Beifall begrüßt werden kann; denn mit direkten Verhandlungen kommt man eher zum Ziele als mit einer langwierigen Konferenz, und das ist im Interesse der Erhaltung des Friedens sehr wichtig. Nach der Petersburger „Börsenzeitung“ begannen in Konstantinopel besondere Verhandlungen zwischen der Türkei und Oesterreich mit dem Inhalte, daß Oesterreich Bulgarien im Kriegsfalle nicht unterstützt und der Türkei gegenüber freundschaftliche Neutralität bewahren soll. Außerdem soll Oesterreich der Türkei eine größere Anleihe garantieren, wenn die Angliederung Bosniens und der Herzegowina als vollzogene Tatsache anerkannt wird. Aus offiziellen Kreisen verlautet, daß Italien sich dem zwischen England, Rußland und Frankreich getroffenen Uebereinkommen anschloß. Am Zustandekommen der Konferenz wird allgemein gezweifelt.

Wie der Londoner „Daily Telegraph“ ebenfalls erfährt, sei die österreichische Regierung mit der Pforte bereits

zu einer Verständigung

über die Annexion Bosniens und der Herzegowina gelangt. Man habe sich darin geeinigt, daß die interessierten Mächte in der Konferenz nur noch die vollzogene Tatsache zu ratifizieren hätten.

Die österreichisch-ungarische Regierung erteilte, wie aus Wien gemeldet wird, der bulgarischen Regierung mit Rücksicht auf die Truppenbewegungen den Rat, sich aller Maßregeln zu enthalten, die die Türkei zu Gegenmaßregeln veranlassen und dadurch die Gefahr eines Konfliktes mit sich bringen könnten. In gleichem Sinne wurden auch bei der Pforte entsprechende Schritte unternommen.

Gegenüber diesen Vorgängen hat die Reuter-Meldung, daß

Das Konferenzprogramm

jetzt unter den verschiedenen Großmächten erörtert werde, nur noch einen verminderten Wert. Mitteilenswert ist einzig, daß weder die Dardanellenfrage noch die Frage der Angliederung Kretas an Griechenland vor die Konferenz kommen werde. Beide Fragen sollen gemäß den Wünschen der türkischen Regierung erledigt werden. Des weiteren erfährt das Reutersche Bureau, der bulgarische Geschäftsträger habe der britischen Regierung mitgeteilt, er sei von seiner Regierung amtlich beauftragt, die kategorische Versicherung abzugeben, daß Bulgarien jeden möglichen Schritt tun werde, um einen Krieg mit der Türkei zu vermeiden. Aus Konstantinopel wird dann auch gemeldet;

Die alarmierenden Nachrichten über Truppenverschiebungen zwischen Konstantinopel, Saloniki und Adrianopel sind unrichtig. Zum Schutze gegen reaktionäre Bestrebungen sind drei neue Schützenbataillone aus dem dritten Korpsbereiche hierher gebracht worden. Von hier gehen zwei Bataillone des neunten Regiments nach Adrianopel ab.

Oesterreichischer Druck in Belgrad.

Aus der serbischen Hauptstadt meldet der Telegraph: Der österreichisch-ungarische Geschäftsträger hat bei der serbischen Regierung ernste Vorstellungen wegen der vorgestrigen Vorfälle in Belgrad erhoben. Der Ministerpräsident sprach darauf sein Bedauern über die Ereignisse aus und erklärte, die Regierung werde alle Maßnahmen zur Verhütung einer Wiederholung solcher Ereignisse treffen.

Der Ministerpräsident erschien gestern bei dem deutschen Gesandten und entschuldigte sich im Namen der Regierung wegen der Beleidigung des hiesigen deutschen Militärattachés durch einen Gendarmen, der den Attaché als österreichischen Spion habe verhaften wollen.

Die Polizeipräfektur hat unter Hinweis auf die vorgestrigen Ausschreitungen alle Versammlungen in Straßen und auf öffentlichen Plätzen, die nicht bei der Polizei gesetzmäßig angemeldet sind, verboten.

Die neue Lehrerbesoldungsvorlage.

Die Angaben über die Reform der Lehrerbesoldung in Preußen, wie sie in diesen Tagen durch die Presse gingen, entsprechen nicht den Tatsachen. Minimal- und Maximalgrenze bewegen sich zwischen 1350 Mark Grundgehalt und 9×200 Mark Alterszulagen und 1800 Mark Grundgehalt und 9×270 Mark Alterszulagen. Es ist also sowohl am Prinzip vor Mindestgehältern festgehalten worden, wie auch andererseits eine „Bremse" im Gesetz nicht fehlt. Diese Bestimmung wird, wie wir hoffen, den Widerstand der Liberalen im Landtage finden. Die Lehrer dürfen verlangen, mit den mittleren Beamten gleichgestellt zu werden.

Am 8. November wird in Berlin im neuen Lehrervereinshause am Alexanderplatz der fünfte preußische Lehrertag stattfinden. Gegenstand der Tagesordnung ist natürlich die neue Besoldungsvorlage.

Althoff schwer erkrankt.

Der Ministerialdirektor a. D. Althoff, der schon vor vierzehn Tagen seine Reise nach Meran infolge einer Magenblutung aufgeben mußte. ist erneut erkrankt. Er hatte in der vorigen Woche das Bett verlassen und sich wissenschaftlichen Arbeiten gewidmet. Infolge übermäßiger Anstrengung ist nun ein Rückschlag eingetreten. Der Zustand des Kranken ist nicht unbedenklich, weil sich eine große Herzschwäche bemerkbar macht.

Konzession und Schankgewerbe.

Die Novelle zur Abänderung der Reichsgewerbeordnung, die gegenwärtig den Bundesrat beschäftigt, enthält, wie die „Berliner Universal-Korrespondenz" zuständigenorts hört, eine weitgehende Abänderung des § 33 der Reichsgewerbeordnung über die Konzessionspflicht der Schankwirtschaften. Nach den jetzt geltenden gesetzlichen Bestimmungen ist die Bedürfnisfrage bei der Erteilung von Konzessionen für Schnaps- und Bierwirtschaften nur in Orten unter 15,000 Einwohner obligatorisch, während in Gemeinden über 15,000 Einwohner die Bedürfnisfrage nur dann in Betracht kommt, wenn sie durch Ortsstatut ausdrücklich vorgeschrieben ist. Diese Bestimmung wird nun dahin abgeändert werden, daß die Landesregierungen auch bei Gemeinden über 15,000 Einwohner bei der Konzessionserteilung das Bedürfnis prüfen sollen. Die Zentralbehörden sollen das Recht erhalten, bezüglich der Beschaffenheit der Lokale vorschriftsmäßige Anforderungen in hygienischer Beziehung zu stellen.

Dem Unwesen der Animierkneipen soll durch das neue Gesetz ein Riegel vorgeschoben werden. Die Landesregierungen werden nach den neuen Bestimmungen ermächtigt sein, die Konzessionserteilung von einer besonderen Bewilligung betreffend die Anstellung von Kellnerinnen abhängig zu machen. Gegenwärtig wird diese Frage bei der Konzessionsbewilligung überhaupt nicht berührt.

Auch über die Entziehung der Konzession im Streitverfahren treten neue Vorschriften hinzu. Die Entziehung der Konzession, die gegenwärtig nur statthaft ist, wenn der Konzessionär sein Lokal für verbotene Spiele, Völlerei, Hehlerei und Gelegenheit zur Unzucht hergibt, soll von nun ab auch dann zulässig sein, wenn der Gastwirt wegen eines Vergehens gegen das Nahrungsmittelgesetz bestraft wird. Auch andauerndes betrügerisches Einschenken soll, wenn der Gastwirt davon Kenntnis hat und für die Abstellung nicht Sorge trägt, einen Grund zur Konzessionsentziehung abgeben.

Hierzu erfährt die Korrespondenz, daß die Temperenzlervereine bei den zuständigen Behörden eine gesetzliche Beschränkung des Genusses alkoholischer Getränke wiederholt beantragt haben. Diese Wünsche konnten nicht berücksichtigt werden, da sie praktisch nicht durchzuführen sind.

Was in Sachsen verboten wird.

Der bekannte Sexualpsychiater Professor Dr. August Forel von der Universität Zürich beabsichtigte, heute abend in Leipzig einen Vortrag über Rassenentartung und Rassenhebung zu halten. Der Vortrag ist von der königlichen Kreishauptmannschaft Leipzig verboten worden (auf Grund des § 1 des Reichsvereinsgesetzes), weil das Thema gegen die guten Sitten verstoßen soll!! So geschehen im Jahre des Heils 1908 in der großen Seestadt Leipzig.

Neue Tschechentumulte in Prag.

Wie ein Telgramm aus Prag meldet, erneuerten sich gestern abend die Ansammlungen auf dem Wenzelsplatze und dem Graben. Die Teilnehmer an den Ansammlungen wurden vom Militär auseinandergetrieben. 50 Personen wurden verhaftet.

Abdul Asis taucht wieder auf.

Mehreren Pariser Blättern wird aus Casablanca gemeldet, daß die in Marrakesch versammelten Kaids Glaui, Mtugi und Si-Aissi dem Exsultan Abdul Asis den Vorschlag gemacht haben, ihn zum Sultan von Marrakesch auszurufen. Abdul Asis habe sich Bedenkzeit erbeten. — Hoffentlich lehnt er dankend ab.

Kunst und Wissenschaft.

Von der Einrichtung eines Leistikow-Zimmers im Märkischen Museum war vor einigen Tagen die Rede. Wie jetzt von Herrn Stadtbaurat Hoffmann erklärt wird, entbehrt dieses Gerücht jeglicher Begründung. Es liegt ihm lediglich der Tatbestand zugrunde, daß ein Stadtverordneter den Wunsch geäußert hat, der Magistrat möge ein Bild Leistikows ankaufen, das aber auch nicht im Märkischen Museum, sondern im Rathause seinen Platz finden soll.

Theaterchronik. In der königlichen Hochschule für Musik findet am Sonntag, 25. Oktober das zweite Gastspiel Berliner Künstler unter Leitung von Julius Türk statt. Zur Aufführung kommt „Zapfenstreich", Drama in vier Akten von Franz Adam Beyerlein.

Der Disziplinarprozeß Wistuba.

Vor der kaiserlichen Disziplinarkammer für die Schutzgebiete wurde heute die Angelegenheit Wistuba behandelt, die, wie bekannt, bei der Auflösung des Reichstages im Jahre 1906 eine Rolle gespielt hat. Es hatte sich zu verantworten der frühere Bureauvorsteher der Schutzgebietsverwaltung vom Togo Emanuel Wistuba unter der Anklage, sich durch verschiedene Handlungen des Vertrauens, das ein Beamter genießen muß, unwürdig gezeigt zu haben.

Der Angeschuldigte ist persönlich nicht erschienen. Den Vorsitz in der Verhandlung führt Senatspräsident Lindenberg. Wistuba wird durch Justizrat Mamroth (Breslau) verteidigt. Er hat ein ärztliches Zeugnis aus Wörishofen eingereicht, worin gesagt ist, der Angeschuldigte stehe seit März dieses Jahres ununterbrochen in ärztlicher Behandlung. Er leide an hochgradiger Nervosität, Neurasthenie mit psychischer Depression. Es sei mit Bestimmtheit anzunehmen, daß der Aufenthalt in den Tropen und zwei schwere dort erlittene Dysenterieanfälle seine Erkrankung verursacht hätten. Es erscheine zweifelhaft, ob er überhaupt seine Gesundheit und volle Arbeitsfähigkeit wieder erlangen werde.

Der Vertreter der Staatsanwaltschaft legte dann die einzelnen sieben Punkte der Anklage dar. Der erste Punkt stützt sich auf Briefe, die in dem bekannten Disziplinarverfahren gegen Pöplau bei einer Haussuchung aufgefunden wurden. Nach der Anklage taten die Briefe dar, daß zwischen Pöplau und Wistuba eine Verbindung bestand, die darauf abzielte, amtliches Material sich zu verschaffen, um damit Interessen durchzusetzen, die im Widerspruch mit denen der Kolonialverwaltung standen. Wistuba schrieb einmal, er habe sein Material in 56 Bänden wohlgeordnet. Ein weiterer Punkt der Anklage betrifft eine Verfügung des Reichskanzlers v. Caprivi vom 10. April 1894 und einen Brief des früheren Gouverneurs v. Soden. Diesen Brief und andere Schriftstücke hat Wistuba dem Reichstagsabgeordneten Roeren ausgehändigt.

An dritter Stelle wirft die Anklage Wistuba vor, Pöplau Ratschläge gegeben zu haben, wie er am wirksamsten die damalige Kolonialabteilung des Auswärtigen Amtes sich gefügig machen könnte. Weiter soll Wistuba pflichtwidrig gehandelt haben durch die Auslieferung des Materials, das bei der Durchsuchung der Arbeitsräume des Abgeordneten Erzberger im Reichstagsgebäude von Erzberger an die Behörden ausgeliefert wurde. Ferner wird ihm in der Anklage ein Vorwurf gemacht, daß er einen von dem Reichstagsabgeordneten Roeren ihm eingesandten, ausdrücklich

als vertraulich bezeichneten Brief

der „Germania" zugänglich gemacht habe. Roeren war damals bestrebt, die Interessen Wistubas bei der Kolonalverwaltung durchzusetzen, und hat in diesem Sinne mit dem Reichskanzler verhandelt. Als dann aber im Verfahren gegen Pöplau diese Schriftstücke gefunden wurden, die eine neue Seite des Verhaltens des Wistuba zeigten, ging das Disziplinarverfahren vor sich. Damals wurde dem Abgeordneten Roeren in einem Briefe des Chefs der Reichskanzlei vertraulich mitgeteilt, es sei notwendig geworden, Wistuba vor die Disziplinarkammer zu verweisen. Außerdem wird Wistuba zur Last gelegt, daß er im November 1907 die seinem Dienstvorgesetzten schuldige Achtung verletzt habe. Er hat ein Schreiben an den Kolonialdirektor Dernburg gerichtet, worin er sagte, Dernburg habe im Reichstage „unwahre Behauptungen" über ihn aufgestellt und er fordere ihn auf, diese Behauptungen außerhalb des Reichstages zu wiederholen, damit er die Sache gerichtlich klarstellen könne. Als der damalige Kolonialdirektor Dernburg darauf nicht reagierte, erfolgte einen Monat später eine zweite ähnliche Aufforderung, in welcher unter anderem „von unwahren Verdächtigungen und verleumderischen Beleidigungen" die Rede war. In diesem Schreiben droht Wistuba schließlich auch noch, „wenn diese Angriffe nicht zurückgenommen würden, dann müsse er Dernburg als einen gewissenlosen Verleumder kennzeichnen".

Eine Vernehmung des Angeklagten über die Anklagepunkte konnte, da er ausgeblieben war, nicht erfolgen. Der Gerichtshof und die Verteidigung glaubten aber, daß der Angeklagte verhandlungsfähig sei, und daß demgemäß die Voraussetzung für die Verhandlung auf Grund des Disziplinargesetzes gegeben sei.

Wistuba ist am 16. Dezember 1873 in Königshütte (Oberschl.) geboren. Er ist katholisch; sein Vater ist Lotterieeinnehmer in Oberglogau. Er hat das Gymnasium bis Obersekunda besucht, war bei der Marine und hatte den Wunsch, in den Subalterndienst des Auswärtigen Amtes einzutreten. Als er nicht direkt dazu zugelassen werden konnte, war er zunächst bei Amtsgerichten in Westfalen tätig und bemühte sich dann erneut, ins Auswärtige Amt zu kommen. Er trat dann in den Kolonialdienst und kam nach Kamerun. Dort hatte er sofort in einer Wohnungsangelegenheit eine Differenz mit einem anderen Beamten. Die Aeußerungen der vorgesetzten Behörden über die Haltung der beiden Beamten in dieser Wohnungsangelegenheit lauten zum Teil sehr abfällig; es ist von „kindisch", „frech" und „ungezogen" die Rede. Einen weiteren Zusammenstoß hatte Wistuba dann mit dem Gouverneur Dr. Seitz wegen einer Fleischlieferungsangelegenheit. Wistuba weigerte sich, das ihm gelieferte Fleisch zu bezahlen, und die unteren Beamten ließen ihn auf administrativem Wege pfänden. Dr. Seitz hob diese Pfändung über 1,60 Mark sofort auf, als er davon erfuhr, und verhängte über Wistuba eine Ordnungsstrafe von 30 Mark. Im Jahre 1902 hatte Wistuba Heimatsurlaub und benutzte diesen, um im Auswärtigen Amt anzukommen. Trotzdem sich

der Kardinalfürstbischof Dr. Kopp

auf Wunsch des Vaters des Wistuba beim Auswärtigen Amt dafür verwendete, daß Wistuba nicht wieder in die Kolonien zurückzugehen brauche, sondern sofort im Auswärtigen Amt angestellt würde, konnte diese Anstellung nicht erfolgen, weil keine Stelle frei war.

Vorf.: Sobald Wistuba deutschen Boden betreten hatte, fuhr er sofort zum Abgeordneten Roeren. — Verteidiger: Er fürchtete, daß ihm in Berlin das Terrain abgegraben werden würde. In Berlin legte ihm der Personalreferent im Auswärtigen Amt, Geheimer Legationsrat von König, ein bereits fertiges Protokoll vor, wonach er anerkennen sollte, daß er sich gegen seine Beamtenpflicht vergangen habe. Der Angeklagte lehnte das wiederholt ab; in der Auseinandersetzung darüber geriet er in große Aufregung. Während er sich in hellster Aufregung befand, wurde er zum Vertrauensarzt des Kolonialamts Dr. Simon geschickt, und dieser mußte dann begutachten, daß Wistuba hochgradig nervös sei und infolge von Dysenterie ein Tropenherz habe, das erfahrungsgemäß erst nach vielen Jahren heile. Darauf wurde dem Wistuba eröffnet, daß die Wiederherstellung seiner Tropentauglichkeit in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei, und daß deshalb seine Rückversetzung in den heimischen Dienst in Aussicht genommen werden müßte. Diese Rückversetzung hätte natürlich für Wistuba einen schweren materiellen Verlust und Degradation bedeutet, insbesondere da er sich vollkommen gesund fühlte. — Vorf.: Aber unmittelbar vor der Untersuchung im Kolonialamt hatte der Hausarzt Wistubas, Dr. v. Wilkranz in Oberglogau begutachtet, daß er an schwerer Herzneurose leide. Der Angeklagte war also krank.

Beamtenkorruption im Saarrevier.

Saarbrücken, 20. Oktober.

Vor der I. Strafkammer des Landgerichts Saarbrücken nahm heute unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Köhler der Bestechungsprozeß seinen Anfang, über dessen Vorgeschichte wir gestern berichteten.

Auf der Anklagebank erscheinen nicht weniger als fünfzig Angeklagte, die in drei Gruppen zerfallen. Die erste Gruppe umfaßt die Angeklagten, die sich haben bestechen lassen, die zweite Gruppe die Angeklagten, meist Frauen, die den ersten Angeklagten die gesammelten Beträge übermittelt haben, die dritte Gruppe schließlich die Bergleute selbst, die das Geld hergegeben haben. Demnach richtet sich die Anklage zunächst gegen die königlichen Steiger und Obersteiger Thoma, Peter Keßler, Heck, Johann Keßler, Gräber, Nitz, Albrecht und Udermann, sämtlich aus dem Kreise Ottweiler; sie werden beschuldigt, als Beamte für Handlungen, die eine Verletzung ihrer Amtspflichten darstellen, Geschenke angenommen zu haben. Weiter richtet sich die Anklage gegen die Frau Obersteiger Schwengler und mehrere andere Frauen, durch deren Vermittelung das Bestechungsgeld an die Beamten gegeben wurde. Die Angeklagte Schwengler wird von der Anklage als Anstifterin des Bestechungssystems angesehen. Ihr Mann, der Obersteiger Schwengler soll zuerst und am meisten bestechlich gewesen sein. Er ist inzwischen verstorben, und so erscheint nur seine Frau, die ihm Beihilfe geleistet haben soll, auf der Anklagebank, auf der schließlich noch 33 Bergleute wegen aktiver Beamtenbestechung Platz nehmen müssen. Die Anklage vertritt Staatsanwalt Figge. Verteidiger der Angeklagten sind die Rechtsanwälte Zilloser, August, Stägemann, Justizrat Leibl aus Saarbrücken und Rechtsanwalt Köhler aus Neunkirchen. Als Sachverständiger ist Berginspektor Herwig geladen, außerdem 26 Zeugen, meist Steiger und Bergleute.

Die heute verhandelte Anklage bezieht sich ausschließlich auf die Durchstechereien auf den verschiedenen Gruben des königlichen Steinkohlenbergwerks Reden.

Ein fünfzehnjähriger Brudermörder.

Ein Privat-Telegramm aus Allenstein meldet uns: Der fünfzehnjährige Besitzersohn Bruno Zacheya aus Sombien wurde von der Strafkammer wegen Brudermordes zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Bei einem Schulfest hatte er seinem zwei Jahre älteren Bruder nach einem Streit mit einem eisernen Drahtstock einen Stich gegen die Stirn versetzt, der den Tod zur Folge hatte.

Lokales.

Die Eröffnung des Landtages

im Weißen Saale des Berliner Schlosses fand heute mittag 12 Uhr unter den üblichen, äußerst prunkhaften Formen statt. Mit etwas müder, nicht zu lauter Stimme verlas der König die Rede. Sie wurde lautlos entgegengenommen; nur als der Kaiser betonte, daß das Deutsche Reich seinem österreichischen Verbündeten die Treue halten werde angesichts der Balkankrise, riefen einige Personen Bravo.

Es beginnt zu tagen.

Selbst in den Bezirksvereinen, die sonst „voll und ganz" und „unentwegt" auf den Zimmerstraßenfreisinn schwören, fängt es ein wenig zu dämmern an, und die Ausführungen des Dreigestirns Fischbeck, Kopsch und Wiemer werden nicht mehr kritiklos und lammsgeduldig als der politischen Weisheit höchster Schluß aufgenommen. Nicht nur die bösen Demokraten, sondern auch waschechte Volksparteiler, ja Vorstandsmitglieder der Bezirksvereine erdreisten sich, an den Segnungen der Blockpolitik zu zweifeln, auch wenn sie ihnen, wie es zum Beispiel von dem ämterreichen Herrn Fischbeck gestern im Bezirksverein Königsviertel geschehen ist, über den grünen Klee gepriesen werden. Der freisinnige Blockmatador war baß erstaunt, daß sich an sein Referat über „die augenblickliche politische Lage" eine Debatte knüpfte, die ihm deutlich bewies, wie weit selbst im eigenen Lager die Unzufriedenheit mit der liebedienerischen Politik der Parteileitung gediehen ist. Herr Brock, Vorstandsmitglied des Bezirksvereins, erklärte, die Stimmung der freisinnigen Wählerschaft sei sehr trübe; es müsse etwas geschehen, um die Massen „wiederzugewinnen", die namentlich die Zustimmung der Partei zum Reichsvereinsgesetz und das Bündnis mit den Reaktionären und Junkern nicht verstehen können. Wenn Herr Fischbeck die Schuld an dem Fall Schücking und ähnlichen Vorkommnissen den Verwaltungsorganen zuschreibe und meine, der Minister hätte nichts davon gewußt, so müsse diese Behauptung sehr stark bezweifelt werden. Im Fall des Professors Schücking, der gemaßregelt worden sei, weil er sich eines jüdischen Referendars angenommen, sei das Gegenteil festgestellt. Herr Lewin betonte, daß er zu den freisinnigen Abgeordneten vorläufig noch alles Vertrauen habe, aber man dürfe es den Bezirksvereinsmitgliedern nicht übelnehmen, wenn sie hier, in geschlossenem Kreise, ihrem Herzen Luft machten. Die freisinnigen Vertreter sollten bedenken, daß die indirekten Steuern tatsächlich nicht mehr zu ertragen sind, und vor allem darauf dringen, daß die Regierung an den Ausgaben für Heer und Marine spare. Daß die Jugendlichen mit Hilfe des Freisinns von den Versammlungen ausgeschlossen seien, sei ein schwerer Fehler. Auf die direkte Frage, wie sich denn die Fraktion zu den einzelnen Steuervorschlägen der Regierung stellen werde, erwiderte Herr Fischbeck ausweichend, die Sachlage sei „noch nicht geklärt," die Fraktion könne sich noch nicht festlegen. Die Frage des Herrn Brock nach Herrn Fischbecks Stellung zu den Lehrermaßregelungen ließ der Herr Stadtrat unbeantwortet, wahrscheinlich weil für ihn auch diese Frage „noch nicht geklärt" ist. Bezeichnend für die Stimmung in der Versammlung war, daß die Ausführungen Fischbecks bei keinem einzigen der zahlreichen Redner volle Zustimmung fanden.

Die Kälte.

Bei einer Temperatur von 2 Grad unter Null trat vom Montag zum Dienstag ein empfindlicher Nachtfrost ein, nachdem schon in der Nacht vom Sonntag zum Montag die Temperatur auf 0,5 Grad zurückgegangen war. Heute morgen zeigte sich überall ziemlich starke Eisbildung. Alle Wasserpfützen waren mit einer leichten Eisschicht überzogen, und in Berlin hatte sich auf den Straßendämmen, wo in der Nacht Waschungen stattgefunden hatten, Eiskrusten gebildet. Die Gärtner, die auf ein so zeitiges Einsetzen von Nachtfrösten nicht gerechnet hatten, haben vielfach erhebliche Verluste erlitten, weil zahlreiche frostempfindliche Pflanzen, die noch nicht geschützt waren, eingegangen sind. Auch in den städtischen Anlagen hat die Kälte manchen Schaden verursacht. Allerdings ist er hier weniger groß, weil der größere Teil des pflanzlichen Sommerschmuckes bereits in den letzten Tagen nach den Treibhäusern gebracht worden ist.

Wilmersdorf gegen die „Große Berliner".

Nachdem die übrigen Gemeinden Groß-Berlins gegen die neunzigjährige Konzessionserteilung an die Große Berliner Straßenbahngesellschaft einmütig Einspruch erhoben haben, hat nunmehr auch der Wilmersdorfer Magistrat sich diesem Vorgehen angeschlossen und in einem eingehend begründeten Schreiben an den Oberpräsidenten gegen den Antrag der Straßenbahngesellschaft Protest erhoben.

Das Ende vom Liede.

In der vergangenen Nacht hat der Unterarzt Erich Kußmann von der Kaiser Wilhelm-Akademie, der in der Hannoverschenstraße 15 wohnte, wegen einer kriegsgerichtlichen Bestrafung Selbstmord verübt. Vor acht Tagen hatte er sich vor dem Kriegsgericht der königlichen Kommandantur wegen Körperverletzung mittels eines gefährlichen Werkzeuges zu verantworten. Eines Abends hatte der junge Arzt in der Luisenstraße die junge Tochter eines Schlossers Th. angeredet, um sich mit ihr in ein Gespräch einzulassen. Das Mädchen ging aber nicht hierauf ein, sondern lief davon und rannte nach der elterlichen Wohnung hinauf. K. eilte nach (!) und geriet an der Korridortür mit dem Vater der Th. zusammen. Er wurde aus dem Hause gewiesen, und

in dem Augenblick, als die Haustür hinter ihm abgeschlossen werden sollte, versetzte er dem Th. mit einem Schlüssel einen heftigen Schlag gegen die Stirn. (!) Das Kriegsgericht verurteilte ihn, wie wir in der vorigen Woche berichteten, zu einer den Umständen nach erstaunlich niedrigen Strafe (100 Mark). K. nahm sich jedoch diese Bestrafung derartig zu Herzen, daß er den Entschluß faßte, aus dem Leben zu scheiden. In der vergangenen Nacht vergiftete er sich mit Morphium. Er wurde in das Garnisonlazarett in der Scharnhorststraße eingeliefert, wo er bald darauf starb.

Rote Kreuz-Lotterie. Am heutigen ersten Tag der Ziehung bei der vierten Roten Kreuz-Geld-Lotterie für die Zwecke des Deutschen Zentralcomités zur Errichtung von Heilstätten für Lungenkranke fielen in der Vormittagsziehung 10,000 auf die Nummer 192,995, 5000 auf 211,307, 1000 auf 262,132, 500 auf die Nummern 3423, 44,093, 90,695, 121,016, 145,532, 164,215, 173,287, 218,333, 310,835, 345,090, 388,374.

Nachmittagsziehung: 1 Gewinn zu 1000 Mark 305,321, 11 Gewinne zu 500 Mark 23,283 108,408 116,646, 146,259 161,492 227,056 245,221 254,366 357,084 358,286 388,377.

Der Einzug. Prinzessin Alexandra Viktoria zu Schleswig-Holstein, die Braut des Prinzen August Wilhelm, trifft heute abend auf der Wildparkstation ein und wird bis zum Mittwoch im Neuen Palais wohnen. Morgen vormittag kurz vor 11 Uhr begibt sich die Prinzessin zur Wildparkstation. Nach dem offiziellen Empfang fährt die Prinzessin im Sonderzug nach Berlin, wo sie kurz nach ½12 Uhr auf dem Potsdamer Bahnhof eintrifft und sich zum Schloß Bellevue begibt. Von dort aus erfolgt, wie bereits mitgeteilt wurde, um 3 Uhr nachmittags die „Einholung" der Prinzessin.

Der Kommandeur der 2. Garde-Infanteriebrigade, Generalmajor Freiherr v. Berg ist gestorben. Freiherr v. Berg war mehrere Jahre diensttuender Flügeladjutant des Kaisers und Kommandeur der Schloßgardekompagnie.

Beim Rauchen im Bett ist gestern abend der 24 Jahre alte Leutnant Freiherr v. Richthofen aus Ohlau schwer verunglückt. Der Offizier kam gestern früh nach Berlin, um während der Hochzeitsfestlichkeiten am Hofe hier zu bleiben, und wohnte im Monopolhotel. Abends legte er sich zeitig zu Bett, rauchte aber noch eine Zigarre. Um 8½ Uhr hörten Angestellte des Hotels von seinem Zimmer her Hilferufe. Die Bettdecke war in Brand geraten, und der Offizier hatte sich an der rechten Halsseite, an der rechten Hand und Hüfte schwer verbrannt. Man löschte das Feuer und brachte den Verunglückten nach der chirurgischen Station der Charité.

Durch Quittungsfälschungen ist ein hiesiges großes Unternehmen schwer geschädigt worden. Die Firma läßt durch Boten zahllose Beträge für Lieferungen einziehen. Wegen der großen Menge der Quittungen werden diese mit einem Faksimilestempel unterzeichnet. Ein Buchhalter füllt die Quittungen aus, und die Kasse unterstempelt sie dann. Jetzt hat sich herausgestellt, daß schon seit Monaten Quittungen ausgegeben worden sind, die nicht durch die Kasse gegangen waren, und deren Betrag auch niemals in die Kasse gelangt ist. Die Kriminalpolizei hat festgestellt, daß wahrscheinlich ein Angestellter, der sich den Originalstempel auf kurze Zeit zu verschaffen gewußt hat, in den letzten Tagen des Juni d. J. bei dem Edelsteingraveur Max Beekow in der Köpenickerstraße 101 einen Stempel hat machen lassen. Er gab den Auftrag nach einer Pause, die mit Bleistift vorgestrichen und mit Tinte nachgezogen war. Der Besteller holte den Stempel nicht selbst ab, sondern ließ ihn durch zwei Schulknaben abholen und sofort bezahlen. Dies geschah am 1. oder 2. Juli. Der eine Knabe war etwa 13 Jahre alt, der andere etwas jünger. Der Fälscher hat die Quittungen wahrscheinlich selbst ausgefüllt und auch selbst eingezogen. Wie hoch sich seine Beute beläuft, konnte noch nicht festgestellt werden.

Die Untersuchung gegen die Pelzwarendiebe Hirschberg und Genossen, dessen Festnahme bereits gemeldet wurde, nimmt einen großen Umfang an und führt zu immer neuen Verhaftungen. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, mehrere Hehler festzunehmen. Bei einem Kaufmann W. in der Alten Schönhauserstraße konnte ein großer Posten Waren für etwa 10,000 Mark beschlagnahmt werden. Er hatte diese Sachen von der Verbrecherbande weit unter dem Wert gekauft. Bei einem Handelsmann H. wurden Pelzwaren im Gesamtwerte von 3000 Mark beschlagnahmt, die er für 75 Mark gekauft hatte. Außer diesen beiden sind noch zwei Hehler ermittelt worden, die zu den Auftraggebern der Verbrecherbande gehören.

Durch einen Sturz von der Treppe ist gestern abend der 30 Jahre alte Kellner Ernst Nietsch ums Leben gekommen, der in der Weberstraße 15a im Keller in Schlafstelle wohnte. Nietsch kam um 11 Uhr nach Hause, fiel sechs Stufen tief auf den steinernen Fußbodenbelag und starb nach einer Stunde in seiner Wohnung an einer Gehirnblutung.

Orthodoxe Kampfesweise!

Das seit einer Reihe von Jahren in der Kaiser Wilhelm Gedächtniskirche bestehende Kompromiß zwischen Orthodoxen und Liberalen ist in der Sitzung am Montag, 19. d. M. zur Auflösung gelangt. Von orthodoxer Seite war entgegen dem bestehenden Kompromiß an Stelle zweier liberaler Kirchenvertreter bei einer Zuwahl eine eigene positive Liste aufgestellt worden. Die Gründe für dieses Vorgehen liegen in sehr eigenartigen, die Kirchenwählerschaft seit geraumem beunruhigenden Vorgängen innerhalb der Gemeindeverwaltung. Es werden entgegen den Beschlüssen der Gemeindevertretung bauliche Unternehmungen ins Werk zu setzen versucht; ohne Zustimmung der Gemeindevertretung ist ein Legat in Höhe von 33,000 Mark zu Zwecken baulicher Verwertung zur Abhebung gelangt. Von liberaler Seite hat man den Versuch gemacht, die Angelegenheit am verflossenen Montag zur Sprache zu bringen. Der Vorsitzende schnitt jedoch die Debatte darüber ab, so daß den Liberalen nichts weiter übrig blieb, als einen schriftlichen Protest sofort zu Protokoll zu geben. Die Angelegenheit berührt die weitesten Kreise der Wählerschaft auf das peinlichste. — Der Vorsitzende ist ein orthodoxer Geistlicher.

Kommunales.

Stadtverordnetenwahlen in Charlottenburg.

Die Stadtverordnetenersatzwahlen im fünften und achten Bezirke der dritten Wählerabteilung fanden gestern statt. Das Ergebnis war: Fünfter Bezirk: Als Kandidaten waren aufgestellt: Maurermeister Paul Vogdt (liberal) und Generalinspektor Johannes Raab (liberal); Syndikus Gustav Scharnberg (sozialdemokratisch) und Zahntechniker Otto Ewald (sozialdemokratisch). Die liberalen Kandidaten erhielten 535 Stimmen, die Sozialdemokraten 740 Stimmen, mithin sind beide Sozialdemokraten gewählt. 8. Bezirk: Als Kandidaten waren aufgestellt: Rentier Max Bergmann (liberal), der 414 Stimmen, und Kaufmann Georg Ucko (sozialdemokratisch), der 241 Stimmen erhielt. Bergmann (liberal) ist daher gewählt. Somit haben die Sozialdemokraten ihren Besitzstand gewahrt; die Liberalen haben ein Mandat von den Unpolitischen gewonnen.

Zur Arbeiterbewegung.

Die Tarifbewegung der Gold- und Silberarbeiter in Berlin hat heute bereits bei acht Firmen zum Streik geführt. Die Gehilfen schreiten überall dort zur Arbeitsniederlegung, wo der Arbeitgeber sich nicht schriftlich mit der Verlängerung des bestehenden Tarifvertrages auf ein weiteres Jahr einverstanden erklärt. Der Vorstand des Arbeitgeberverbandes fordert die Mitglieder in einem Rundschreiben auf, die von den Gehilfen geforderte Unterschrift nicht zu leisten.

Kleine Chronik.

Ein schwerer Straßenbahnunfall. Aus Kiew wird berichtet: Auf der steil abschüssigen Wladimirstraße begann ein nahe der Universität zum Stehen gebrachter Straßenbahnwagen plötzlich herabzurollen. Er kollidierte dabei mit zwei ansteigenden Straßenbahnwagen. Zwei Wagen wurden zertrümmert, der dritte beschädigt. Elf Personen wurden verletzt, unter ihnen Ingenieur Struwe, der Erbauer der Straßenbahnlinie.

Ein blutiges Kirchweihfest. Zu einem Renkonter zwischen Ulanen und Schutzleuten kam es am letzten Kirchweihsonntag in Bamberg. Die Ulanen hatten in einem dortigen Tanzsaal Streitigkeiten angefangen, infolgedessen eine verstärkte Schutzmannspatrouille erschien, um Ruhe zu stiften. Ungefähr zwanzig Ulanen drangen mit gezückten Säbeln auf die Beamten ein, so daß diese blank zogen. Es entwickelte sich ein erbitterter Kampf, in dessen Verlaufe die Polizisten auf die Straße gedrängt wurden, wo die Schlacht weitertobte. Drei Ulanen und zwei Schutzleute wurden schwer verletzt; mehrere Ulanen erlitten leichte Verwundungen.

Selbstmord eines Dreizehnjährigen. Aus Hirschberg (Schlesien) wird uns geschrieben: In Altkemnitz erhielt der 13jährige Sohn des Bahnarbeiters Friedrich von seinem Vater wegen Ungehorsams einige Ohrfeigen. Der Junge lief darauf zum Hause hinaus und warf sich auf der nahen Bahnstrecke vor dem gerade vorbeifahrenden Görlitzer Personenzug auf die Schienen. In der Nähe stehende Personen konnten den Knaben nicht retten. Der Zug trennte bei dem Knaben den Kopf glatt vom Rumpfe. Die Leiche des Knaben wurde von der Hirschberger Staatsanwaltschaft beschlagnahmt.

Ein englischer Dampfer gescheitert. Aus London wird gemeldet: Der Dampfer „Hull" der Wilson-Linie, der von Hamburg nach Hull unterwegs war, scheiterte in der Mündung des Humber. Alle an Bord befindlichen Personen wurden durch Anwendung des Raketenapparates gerettet. Die Bemühungen, das Schiff wieder flott zu machen, waren erfolglos.

Amerikanische Wahlstatistik. Welche enorme Arbeitsleistung den Kandidaten um die Präsidentschaft der Vereinigten Staaten von Amerika zugemutet wird, erhellt aus der Aufstellung eines amerikanischen Statistikers über die Wegstrecke, die Bryan auf der Eisenbahn in den zwölf Jahren, seit denen er sich um die Präsidentschaft bewirbt, zurückgelegt hat. Die Zahlen sind geradezu riesenhaft, denn Bryan hat es auf nicht weniger als 800,000 Eisenbahnkilometer gebracht! Zehntausend Reden hat er von der Plattform des Waggons herab gehalten. Diese Reden zählen insgesamt 50 Millionen Worte. Wenn Bryan Rudyard Kiplings Talent besäße, so wäre er im Verlaufe des zwölfjährigen Redefeldzuges ein fünfzigfacher Millionär geworden, da dem englischen Autor jedes Wort mit 1 Frank honoriert wird. Bryan hat 1700mal am Bahnhofsbüfett seinen Hunger gestillt, 1100 vertrocknete Butterbrote hinuntergewürgt und 1700 verschiedene Arten von schlechtem Kaffee gekostet. Die Sache ist Bryan im übrigen sehr gut bekommen, er befindet sich heute bei ungleich besserer Gesundheit als vor dem Antritt der Präsidentschaftskampagne.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

1. Sitzung vom 20. Oktober.

Am Ministertisch v. Rheinbaben, Holle, v. Arnim.

Das Haus ist stark besetzt; bei Beginn der Sitzung fehlen die Sozialdemokraten.

Der Präsident der vorigen Session, **v. Kröcher** übernimmt den Vorsitz und eröffnet die Sitzung mit einem Hoch auf den Kaiser. Nach dem Kaiserhoch erscheinen die Sozialdemokraten im Saal.

Präsident v. Kröcher erbittet und erhält die Ermächtigung, dem Prinzen August Wilhelm zu dessen Vermählung die Glückwünsche des Hauses auszusprechen.

Finanzminister **v. Rheinbaben:** Die Staatsregierung hat dem Hause eine Reihe größerer Vorlagen zu unterbreiten. Es sind 1. die Besoldungsordnung für die **unmittelbaren Staatsbeamten.** Damit in engem Zusammenhang steht die zweite Vorlage, die die anderweitige Regelung des Wohnungsgeldzuschusses betrifft. Zu ihrem Bedauern ist die Regierung nicht in der Lage, diese zweite Vorlage schon jetzt einzubringen. Wir müssen in dieser Frage, wie bisher, mit dem Reiche conform gehen und können diese Vorlage deshalb erst dann vorlegen, wenn das Reich die entsprechende Vorlage fertiggestellt hat. Das wird binnen ganz kurzer Frist der Fall sein. Die dritte Ihnen unterbreitete Vorlage ist die über das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen an den öffentlichen Volksschulen. Die vierte betrifft die Besoldung, das Ruhegehaltswesen und die Hinterbliebenenfürsorge für die evangelischen Pfarrer, die fünfte das Diensteinkommen der katholischen Pfarrer. Schließlich werden Ihnen noch zwei Vorlagen unterbreitet, die mit diesen Besoldungsgesetzen unlöslich zusammenhängen, nämlich 6. ein Gesetz betreffend Abänderung der Einkommen- und Vermögenssteuer, 7. ein Gesellschaftssteuergesetz. (Bewegung.)

(Schluß des Blattes.)

INDUSTRIE · HANDEL · BÖRSE

Berlin, 20. Oktober. Die Balkanaffäre fand zwar auch heute eine ruhigere Beurteilung, sie hielt aber doch gleich im Anfang den Markt unter Druck. Hinzu kam, dass die Thronrede, mit der der Landtag heute eröffnet wurde, wenn sie auch, was die äussere Politik anlangte, eine friedliche Lösung der gegenwärtigen Schwierigkeiten in Aussicht nimmt, doch andererseits auf die ernste finanzielle Lage Preussens hinweist, zu deren Behebung insbesondere auch eine weitere Besteuerung der kapitalkräftigen Erwerbsgesellschaften, also vornehmlich der Aktiengesellschaften vorsieht. Der Verkehr hielt sich auf allen Gebieten in recht engen Grenzen. Am Montanaktienmarkte bröckelten die Kurse auf der ganzen Linie ab. Am Rentenmarkte stellte sich unsere 3 proz. Reichsanleihe über den gestrigen Schlusskurs.

Kurse gegen 3 Uhr.

Kreditaktien	198,50	Kanada	174,20	Nordd. Lloyd	85,30
Wien. Bankverein	—,—	Pennsylvania	—,—	Hmb. Paketfahrt	105,90
Länderbank	—,—	Orientbahn	113,60	Hansa	—,—
Franzosen	147,25	Anatolier	—,—	Gr. Berl. Strassb.	—,—
Lombarden	22,50	Mittelmeerbahn	—,—	**Im freien Verkehr**	
Diskonto	176,80	Meridionalbahn	130,75	per Cassa.	
Deutsche Bank	237,60	Gotthardbahn	—,—	Laurahütte	198,12
B. Handelsges.	165,90	3% d. Reichs-Anl.	83,20	Dortmunder	—,—
Dresdner Bank	146, 0	Russ. Anleihe 1902	82,30	Bochumer	218,25
Darmstädt. Bank	126,30	Spanier	—,—	Gelsenkirchen	185,62
Nationalbank	118,62	3% Portugiesen	60.75	Harpener	197,87
Schaaffh. Bankv.	—,—	4½% Chinesen	—,—	Consolidation	—,—
Komm.-u.Disk.-B.	107,62	Japaner	90,50	Deutsch-Lux. Vrz.	148,75
Russische Bank	130,37	Unif. Türken	—,—	Rhein. Stahlwerke	168,00
Lübecker	—,—	Türkenlose	139,40	Hohenlohe-Werk	—,—
Prince Henri	123,00	Buenos	—,—	Phönix	175,50
Warschau-Wien	—,—	5% Argentinier	—,—	Edison	223,50
Baltimore	98,00	Dynamit-Trust	157,10	Rombach	—,—

Siemens u. Halske 203,12, Deutsch-Uebersee —,—.

Berliner Produktenbörse. Die schwache Tendenz an den amerikanischen Börsen, die starke Zunahme der „visible supplies" und der günstige österreichische Saatenstandsbericht blieben am hiesigen Markte kaum beachtet. Der über Nacht eingetretene Frost hatte nämlich die Wirkung der vorstehenden Tatsachen ausgeglichen und zu Deckungsaufträgen in der Provinz sowie Käufen der hiesigen Kommissionäre Anlass gegeben. Hierdurch erfuhr die Tendenz eine Befestigung, die noch unterstützt wurde durch die hohen Ausfuhrzahlen von Getreide aus Deutschland sowie die ungünstigen Wasserstandsverhältnisse und die hohen Frachten. Dadurch stiegen im Zeithandel die Notierungen um ¾ M. bis 1 M. bei Weizen und 1 M. bis ½ M. bei Roggen. Der Umfang des Geschäfts war allerdings nicht gross. Die Stimmung am Hafermarkte war ruhig bei genügenden Zufuhren aus der Provinz. Die Offerten von russischem Hafer waren ermässigt. Mais zeigte wenig Preisänderung, dagegen waren die Forderungen für Gerste erhöht. Am Mehlmarkte zeigte die Tendenz eine leichte Belebung, allgemein verhielten sich die Käufer reserviert. Der Rübölmarkt verlief geschäftslos.

Am Frühmarkt wurden notiert: Weizen, inländ. 199—203 ab Bahn und frei Mühle, Roggen, inländ. 170—171,50 ab Bahn und frei Mühle, Dezbr. 177,25—177. Mai 183,25—183. Hafer, märk., mecklenburg., pommerscher, preussisch., posensch. und schlesisch. fein 175—183, mittel 166—174, gering 163—165 ab Bahn und frei Wagen. Mais, runder 170 bis 180 frei Wagen. Gerste, inländ. Futtergerste, mittel und gering 160—168, gute 169—180, russ. und Donau leichte 142—146, schwere 147 bis 155 ab Bahn und frei Wagen. Erbsen, inländische und ausländische Futterware, mittel 186—200. Taubenerbsen 193—200 ab Bahn und frei Wagen. Weizenmehl 00 25,25—29,00. Roggenmehl 0 u. 1 21,40 bis 23,90. Weizenkleie 10,75—11,75. Roggenkleie 11,00 bis 12,00 M.

An der Mittagsbörse wurden notiert: Weizen inländischer 200—204 ab Bahn, Dezember 205,75—205,50—206,50, Mai 208,75—208,50 bis 210. Roggen inländischer 170,50—172 ab Bahn, Dezember 177 bis 178, Mai 183,25—184. Weizenmehl 00 25,50—29,25. Roggenmehl 0 und 1 21,50—23,90. Rüböl Oktober 64,8, Dezember 64,9, Mai 61,5 bis 61,4 Mark.

Preise um 2½ Uhr. (Nichtamtlich.) Weizen Oktbr. 206,00, Dezbr. 206,25, Mai 209,75. Roggen Dezember 177,75, Mai 184. Hafer Dezbr. 165,75, Mai 167,75. Mais Mai 149. Mehl Oktober 21,90, Dezember 22,10, Mai 22,85. Rüböl Oktbr. 64,8, Dezember 64,7, Mai 61,4 M. Kartoffelstärke und Kartoffelmehl 18,50 bis 19,00 M., feuchte Stärke 10,50 M.

Marktpreise von Berlin am 19. Okt. 1908 nach Ermittelungen des königlichen Polizeipräsidiums. Richtstroh —,— bis —,— M., Heu —,— bis —,— M., Erbsen, gelbe, zum Kochen, 28—50 M., Speisebohnen, weiss 26,00 bis 50,00 M., Linsen 20,00 bis 80,00 M., Kartoffeln 4,00 bis 8,00 M. Rindfleisch von der Keule (1 Ko.) 1,40 bis 2,00 M., Rindfleisch, Bauchfleisch 1,10 bis 1,60 M., Schweinefleisch 1,20 bis 1,80 M., Kalbfleisch 1,20 bis 2,20 M., Hammelfleisch 1,20 bis 2,10 M., Karpfen 1,40 bis 2,40 M., Aale 1,60 bis 2,80 M., Zander 1,40 bis 3,60 M., Hechte 1,20 bis 2,40 M., Barsche 0,80 bis 2,00 M., Schleie 1,40 bis 3,50 M., Bleie 0,80 bis 1,50 M., Krebse 60 Stück 3,00 bis 24 M.

Magdeburg, 20. Oktbr. Zuckerbericht. Kornzucker 88 Grad ohne Sack 9,75—10,00. Nachprodukte 75 Grad o. S. 8,20—8,40. Stimmung: Fest. Brodraffinade 1 ohne Fass 20,00—20,25. Kristallzucker I mit Sack 20,25—20,50. Gem. Raffinade mit Sack 19,62½—20,00. Gem. Melis I. mit Sack 19,12½—19,50. Stimmung: Sehr fest. Rohzucker 1. Prod. Transit frei an Bord Hamburg per Oktober 20,80 Gd., 21,00 Br., per November 21,00 Gd., 21,10 Br., per Dezember 21,10 Gd., 21,20 Br., per Januar-März 21,45 Gd., 21,50 Br., per Mai 21,75 Gd., 21,85 Br. Stramm.

Bremen, 20. Oktober. Baumwolle ruhig, 47,25.

Metalle. London, 19. Oktober. Standardkupfer stetig, 59 7/16 Lstrl., per 3 Monat 60¼ Lstrl. — Kupfer. Best selected 62½ Lstrl., do. Electrolytic 62¼ Lstrl. — Zinn stetig, Straits 132 Lstrl., per 3 Monat 133¾ Lstrl. — Blei stetig, spanisch 13 7/16 Lstrl., do. englisch 13¾ Lstrl. — Zink ruhig, gewöhnliche Marke 19⅝ Lstrl., do. spezielle Marke 20½ Lstrl.

Konkurse.

Berlin: Kaufm. Heinrich Ehlert, zuletzt Voigtstr. 39 wohnhaft. Verwalter: Kroll, Schäferstr. 2. Anmeldefrist bis zum 18. November 1908.

Orientwirren.

Sofia, 20. Oktober. Zwischen den Delegierten des jungtürkischen Zentralcomités und des hiesigen Bundescomités ist eine vollkommene **Verständigung über die schwebenden Streitfragen** erzielt worden. Das gemeinsam ausgearbeitete Protokoll fordert unter Betonung der Grundlosigkeit eines türkisch-bulgarischen Krieges die Regierungen beider Länder auf, Delegierte zu entsenden zur Ausarbeitung eines Vorschlages zur Beilegung der Differenzen. Das Protokoll wurde gestern der bulgarischen Regierung überreicht und wird heute in Sofia, Konstantinopel und Saloniki veröffentlicht. Einer Blättermeldung zufolge erklärten die jungtürkischen Abgesandten in den Comitéberatungen, die Pforte werde ihre hier eingegangenen Verpflichtungen anerkennen und durchführen. — Die Sobranje wurde für den 28. Oktober zur ordentlichen Session einberufen.

Letzte Nachrichten.

Bracciano, 19. Oktober. Der Kriegsminister nahm heute an einer Fahrt des **lenkbaren Militärluftschiffs** nach Anguillare und zurück teil und wohnte dem Versuche mit dem Hydroplan bei, der eine Schnelligkeit von 70 Kilometern in der Stunde entwickelte.

Madrid, 19. Oktober. Der **König** und die **Königin** sind heute hier wieder eingetroffen.

In der Deputiertenkammer legte der Finanzminister einen Gesetzentwurf vor, wonach der Eingangszoll auf Mais aufgehoben wird.

Schiffsbewegungen.

Hamburg, 20. Oktober. Hamburg-Amerika-Linie. „Saxonia" von Ostasien, 20. Oktober morgens 6 Uhr 40 Min. auf der Elbe angek. „Galicia" 16. Oktober von St. Thomas über Havre nach Hamburg abgeg. „Calabria" 19. Oktober in Galveston angekommen.

Bremen, 20. Oktober. Norddeutscher Lloyd. „Yorck" Dienstag morgen 6 Uhr von Futschau abgeg. „Goeben" Montag mittag 12 Uhr von Algier abgeg. „Kaiser Wilhelm II." Dienstag vormittag 8 Uhr in Bremerhaven angek.

Witterungsbeobachtungen in Berlin. 20. Oktober 1908.

Oktober	Luftdruck in 60 m Seehöhe (mm)	Temp. Cels.	Windrichtung und Stärke 0—12	Bewölkg. 0—10	Luftfeuchtigkeit in %
19. 9 Uhr abends	771,4	0,2	O 4	0	54
20. 7 Uhr vorm.	771,9	—4,1	O 3	0	77
20. 2 Uhr nachm.	769,2	2,7	NO 3	0	39

19. Oktober. Höchste Temperatur 8,8° C. Niedrigste Temperatur 0,0° C. Tagesmittel 1,4° C. Normales Tagesmittel 8,9° C.

Wetter in Deutschland. Bei hohem Luftdruck hält in ganz Deutschland die trockene und vorwiegend heitere Witterung an. Doch wirkten rauhe Ostwinde der Erwärmung durch die Sonne entgegen, sodaß es im Osten auch am Tage sehr empfindlich kalt war. Die Abkühlung pflanzte sich allmählich nach Westdeutschland fort und heute morgen herrscht überall Frostwetter. Im mittleren Binnenlande sanken die Temperaturen nachts besonders tief; Dahme hatte 8 Grad Kälte.

Morgen voraussichtliches Wetter in Berlin und Umgegend. Trocken und vorwiegend heiter, nachts Frost, auch am Tage noch ziemlich kalt bei frischen östlichen Winden.

Allgemeine Wetteraussichten für Deutschland. In den meisten Gegenden trocken und vielfach heiter, Nachtfrost.

Stationen	Luftdruck am Meeresspieg. mm	Windrichtung und Stärke	Wetter	Temperatur (C.°)	Stationen	Luftdruck am Meeresspieg. mm	Windrichtung und Stärke	Wetter	Temperatur (C.°)
Borkum	773	OSO frisch	wolkl.	—2	Valentia	754	S schwach	bedeckt	13
Keitum	777	SO schwach	wolkl.	—1	Scilly	758	SSW mäß.	Regen	13
Hamburg	776	O mäßig	wolkl.	—2	Aberdeen	765	SSO frisch	Regen	10
Swinemünde	779	O schwach	wolkl.	—2	Island	757	NNO schwach	Dunst	8
Rügenwaldm.	779	SSO leicht	bedeckt	—2	Faröer	760	SO mäßig	Schnee	10
Neufahrwass.	780	SO schwach	bedeckt	—0	Christiansd.	775	SO leicht	heiter	5
Memel	782	NO sehr leicht	bedeckt	—3	Kopenhagen	779	SO schwach	wolkig	5
Aachen	768	OSO schwach	wolkl.	0	Stockholm	781	WSW mäß.	bedeckt	2
Hannover	775	ONO stark	wolkl.	—4	Haparanda	773	Windstille	bedeckt	—0
Berlin	777	SO schwach	wolkl.	—3	Petersburg	781	WSW leicht	Regen	2
Dresden	775	NO sehr leicht	h. bed.	—4	Wilna	781	SO sehr leicht	bedeckt	—2
Breslau	776	NO leicht	wolkl.	—4	Lemberg	771	NO frisch	Schnee	—2
Bromberg	779	O schwach	heiter	—2	Wien	773	N schwach	wolkl.	—1
Metz	767	NO mäßig	wolkl.	—0	Triest	765	ONO steif	wolkl.	5
Frankfurt	772	N leicht	wolkl.	—2	Vlissingen	767	OSO schwach	heiter	3
Karlsruhe	769	NO schwach	wolkig	—1	Cherbourg	762	SO schwach	Regen	15
München	771	O stark	bedeckt	—3	Paris	763	O schwach	bedeckt	5
Zürich	766	W leicht	bedeckt	2	Nizza	762	Windstille	bedeckt	13
Säntis	563	SSW leicht	wolkl.	—1	Rom	762	N leicht	heiter	16
Genf	764	NNO leicht	Nebel	9	Brindisi	—	—	—	—

Sonnenaufgang 6 Uhr 37 Min. **Mondaufgang** 1 Uhr 52 Min. V.
Sonnenuntergang 4 Uhr 51 Min. **Monduntergang** 4 Uhr 09 Min. N.

Verantwortlich für den politischen Teil und das Feuilleton: Georg Siegerist in Steglitz; für Lokales, Gerichtszeitung, Kleine Chronik und den übrigen redaktionellen Teil des Blattes: Dr. Johannes Stanjek in Berlin.

Die Rubrik in Cursivschrift gibt die Zinstermine an. Es bedeutet:

1 1.Jan.	*4* 1.Apr.	*7* 1.Juli	*O* 1.Okt.	*a* 1.1.7.	*d* 1.4.10.	*g* 15.3.9.	*k* 15.6.12.	*q₁* quartaliter 1.1.4.7.10.
2 1.Fbr.	*5* 1.Mai	*8* 1.Aug.	*N* 1.Nov.	*b* 1.2.8.	*e* 1.5.11.	*h* 15.4.10.	*l* 11.6.12.	*q₂* do. 1.2.5.8.11.
3 1.Mrz.	*6* 1.Juni	*9* 1.Spt.	*D* 1.Dez.	*c* 1.3.9.	*f* 1.6.12.	*i* 15.5.11.	*v* versch.	*q₃* do. 1.3.6.9.12.

Berliner Börse, 20. Okt. 1908

Umrechnungssätze: 1 Fr., Lire, Leu, Peseta: 80 Pf. — Oest. 1 fl. Gold: 2 M., Währ.: 1,70, 1 Kr.: 0,85. — 7 fl. südd.: 12. — 1 fl. holl.: 1,70. — 1 M. Banco: 1,50. — 1 Kr.: 1,12½. — 1 Rbl.: 2,16. 1 Gold-Rbl.: 3,20. — 1 Peso: 4. — 1 Doll.: 4,20. — 1 Lstrl.: 20,40 M.

Berlin. Bankdiskont 4%, Lombardzinsfuß 5%, Privatdiskont 2¾%.

Nachdruck verb.

Dtsch. Fds. u. Staats-Pap.

Dt. Rchs.Sch.	*d*	4	99.80bB
do. 1.4.12	*d*	4	100.00G
do. 1.7.12	*a*	4	100.00bG
do. 1.4.09	*d*	3½	100.00G
Pr.Schatz12	*a*	4	99.80bG
Dt.Rchs-Anl.	*v*	3½	92.30bG
do. do.	*d*	4	100.75bG
do. do.	*v*	3	83.20bG
Dt. Schutzg.	*a*	4	99.60bG
Prss. cs. Anl.	*v*	3½	92.40B

Schonb. 04	*d*	3½	90.40G
Schwerin i M	*a*	3½	—.—
Spandau 91	*d*	4	99.50G
do. 95	*d*	3½	—.—
Stargard i.P	*d*	3½	—.—
Stendal 01	*a*	4	98.60G
do. 03	*d*	3½	90.80G
Stettin	*a*	3½	89.80G
do. 1904	*a*	3½	89.60G
Teltow.Kreis	*d*	4	100.00G
do. do.	*d*	3½	—.—

Russ.Goldrt.	*a*	5	—.—
do.GoldA.89	*q₃*	4	—.—
do. do. 94	*q₁*	4	—.—
do. do. 94	*q₁*	3½	—.—
do. do. 96	*q₂*	3	—.—
do.c.EBA.I.II	*q₁*	4	—.—
do. do. 02	*a*	4	82.50bG
do. do. 05	*a*	4½	96.90bB
do.Staatsrnt	*q₃*	4	—.—
do.Nicolai-B	*e*	4	—.—
do.Prm.A.64	*a*	5	—.—

Schl.Dpf.Co.	*1*	4	75.00G
V. ElbeSaale	*1*	8	110.75b

Eisenbahn-Prior.-Obligat.

Brschw Ldsb	*a*	3½	—.—
Brölth. 90er	*d*	4½	98.00G
Halle-Hettst	*d*	3½	—.—
Halb.Blnk.84	*a*	3½	—.—
do. 1895/03	*a*	3½	88.25G
Nordh.Wrn.E	*d*	4	—.—
Zschpk.Finst	*d*	3½	—.—
Bohm.NrdbG	*a*	4	97.00B

MittGrndr.B.	*a*	4	97.75bG
do. do.	*d*	3½	90.00G
Nordd.Grdcr			
III IV u. V	*a*	4	96.50G
do. VI.	*d*	4	96.75bG
do. X. XI.	*a*	4	97.25bG
do. XII. u 12	*d*	4	97.60bG
do. XIV.	*d*	3½	92.50G
do. XV. u. 15	*a*	4	97.75bG
do. XVI. u.17	*a*	4	98.20G
do. VII.-IX	*a*	3½	89.25G

JessenKali 2	*a*	*4½	99.75B
Kaliw.Aschrl	*f*	*4	97.25B
Kattow. Bgw.	*d*	*3½	92.00G
KnMarienh 5	*a*	*4½	100.00G
KönigWilh. 2	*a*	4½	100.40B
do. uk. 1910	*a*	*4	
Krupp-Oblig	*a*	*4	98.70B
do. 1908	*a*	*4	97.00B
Lahm.&Co.3	*d*	4½	99.40B
Laurahütte	*a*	*4	97.75G
do.	*c*	*3½	90.80B

Ctb fEbwOb3	*a*	4	95.90G
Dtsch.Ans.B.	*a*	4	92.75G
Landb.Obl.3	*a*	4½	98.90b
B.f.Ornt.Eb0	*a*	4	—.—

Brauerei-Aktien

Berliner

Brl Unionsbr	*O*	5	98.75G
Bock,cv.u.n.	*O*	7	102.00bG
Böhm. Brauh	*1*	5	111.25G
BolleWb abg	*O*	4	110.50G

Carol.h.Offl.	*1*	28	397.00bG
Carlshütte	*7*	7½	112.00B
Cart.Loschw.	*7*	19	276.00G
1601-2600	*7*	9	152.00bG
CasselFedst	*1*	12	197.00G
Charlottenb.	*7*	8	113.25G
Charl.Wass.	*O*	14	279.50B
Buckau	*1*	12	185.50G
do.St.-Pr.	*1*	12	185.50G
Griesh.El.	*1*	14	241.50G
Grünau	*1*	10	152.40b

Kapler Msch	*1*	4	86.25G
Kattowitz.Bg	*4*	14	230.50bG
Keula Eisen	*7*	5	90.00bB
Keyling&Th.	*1*	8	126.00b
Kirchner&C.	*7*	16	206.25b
Klaus.Sp. ab	*1*	8	69.00G
KohlmannSt.	*O*	18	334.75B
Koll.&Jourd	*5*	15	243.50G
Kölsch Walz.	*7*	5	103.30bG
Kg. Wilh. cv.	*1*	20	265.00bG
do.do. Pr.-A.	*1*	25	346.00G

Schl.El.u.G.B	*1*	9	159.90b
do. Kohlen	*7*	0	12.25G
do.Ln.Krmst	*9*	9	133.75G
do. Ptl. Cem.	*1*	12	149.75G
Schf Schulte	*7*	10	130.00G
H.Schneider	*1*	7	138.50bB
Schöll.EitKg	*5*	0	83.00G
Schomburg	*O*	10	142.75G
Schoneb FrT	*4*	12	175.50G
SchönebMet	*7*	4	68.60G
SchönhAllee	*1*	frc.	635.00B

[illegible]